



## Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: [giulia.piszczan@stadt-koeln.de](mailto:giulia.piszczan@stadt-koeln.de)

Datum: 23.05.2020

### Niederschrift

über die **49. Sitzung des Hauptausschusses (Sondersitzung)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Mittwoch, dem 06.05.2020, 14:10 Uhr bis 15:53 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter von Herrn Sterck
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vertreter von Frau Stahlhofen
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreterin von Frau Schultes
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	Vertreter von Herrn Kron

#### Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Geraedts	AfD	Vertreter von Herrn Tritschler
-----------------------	-----	--------------------------------

## **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller  
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert  
Frau Beigeordnete Andrea Blome  
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger  
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau  
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach  
Frau Bettina Mötting  
Herr Alexander Vogel  
Herr William Wolfgramm

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Peter Kron	SPD	vertreten durch Herrn Walter
Frau Monika Schultes	SPD	vertreten durch Frau Scho-Antwerpes
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	vertreten durch Herrn Detjen
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Herrn Breite

## **Beratende Mitglieder**

Herr Sven Tritschler	AfD	vertreten durch Herrn Geraedts
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT	

## **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Markus Greitemann

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sondersitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Sitzung im Livestream zu übertragen und lässt darüber abstimmen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Übertragung der Sitzung im Livestream.

Es gibt folgende Zusetzungen:

## **I. Öffentlicher Teil**

Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation

- 2.1.1 Anfrage zur Vorlage 1157/20 betreffend "NRW-Tag 2020 absagen!?"  
1252/2020
- 2.1.2 Fortschreibung städtischer Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise  
1277/2020
- 5.1.1 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020  
1251/2020

Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

**TOP 4.2**

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Von der Stadt untergebrachte Kinder und Jugendliche beim Homelearning nicht vergessen: Breitband-Internetzugang sicherstellen"  
AN/0523/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen  
AN/0548/2020

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die folgenden Tagesordnungspunkte wegen Sachzusammenhangs gemeinsam vor TOP 1 zu behandeln:

Bericht der Verwaltung zu den aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation

- 2.1.2 Fortschreibung städtischer Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise  
1277/2020

Der Hauptausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation

#### 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### 2 **Mitteilungen**

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Anfrage zur Vorlage 1157/20 betreffend "NRW-Tag 2020 absagen!?"  
1252/2020

2.1.2 Fortschreibung städtischer Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise  
1277/2020

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

#### 3 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Kultur und Wirtschaft im Angesicht der COVID-19-Pandemie"  
AN/0452/2020

Antwort der Verwaltung vom 28.04.2020  
1123/2020

3.2 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Coronakrise - Situation von Jugendlichen in Problemlagen"  
AN/0466/2020

Antwort der Verwaltung vom 22.04.2020  
1168/2020

3.3 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Corona – Situation von Kulturschaffenden"  
AN/0471/2020

Antwort der Verwaltung vom 27.04.2020  
1183/2020

3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Infektionsschutz bei Wiederaufnahme des Schulunterrichts"  
AN/0474/2020

3.5 siehe TOP 4.1

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

4.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Social Distancing ermöglichen – Unterbringung gefährdeter Personengruppen"  
AN/0465/2020

4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Von der Stadt untergebrachte Kinder und Jugendliche beim Homelearning nicht vergessen: Breitband-Internetzugang sicherstellen"  
AN/0523/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen  
AN/0548/2020

#### **5 Dringlichkeitsentscheidungen**

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020  
1251/2020

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

#### **6 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

#### **7 Mündliche Anfragen**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

#### **8 Mitteilungen**

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.1.1 Kölner Sportstätten GmbH  
1130/2020

- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Dringlichkeitsvorlagen**
  - 11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
  - 11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 12 Personalien**
- 13 Sonstige allgemeine Vorlagen**
- 14 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### **Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation**

Herr Stadtdirektor Dr. Keller informiert über den aktuellen Sachstand in der Pandemiesituation.

Zum jetzigen Zeitpunkt seien nur noch 103 Personen erkrankt und das Neuinfektionsrisiko befinde sich im einstelligen Bereich. Die Stadt Köln bereite nun die Umsetzung der vom Land NRW beschlossenen Lockerungen vor.

Herr Joisten lobt die Arbeit des Krisenstabs der Stadt Köln und fragt nach der Wiederaufnahme des Betriebes von Sportvereinen im öffentlichen Raum und der Möglichkeit für Übungsleiter und Übungsleiterinnen sich auf eine Corona-Infektion testen zu lassen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller informiert, dass der Vereinssport aufgrund der Coronaschutzverordnung derzeit noch untersagt sei. Er greift den Vorschlag auf und sagt die Prüfung des Biomonitorings für Übungsleiterinnen und Übungsleitern in Vereinen zu.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes spricht den Gewaltschutz und die Ausstattung an Schutzausrüstung in Flüchtlingsunterkünften an, insbesondere in Bezug auf die Unterkunft in der Herkulesstraße.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erklärt, dass statistisch keine Auffälligkeiten zu erkennen seien. Es sei allerdings von einem Dunkelfeld auszugehen, auf das man derzeit jedoch nur schwer reagieren könne. Daher müsse man präventiv vorgehen.

Weiter teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, dass der Stadt Köln keine auffälligen Hygienemängel in Flüchtlingsunterkünften bekannt seien, man die Situation aber weiterhin beobachte.

Herr Beigeordneter Dr. Rau schließt sich den Ausführungen von Herr Stadtdirektor Dr. Keller an und sagt zu, dass man den genannten Missständen nachgehen werde.

Herr Hammer erkundigt sich nach der aktuellen Sachlage zur Bereitstellung öffentlichen Raumes für Fußgänger und Radfahrer. Ferner möchte er wissen, ob die Stadt Köln bereits eine Rückmeldung vom Verkehrsministerium des Landes NRW auf die Anfrage betreffend der Radwegebenutzungspflicht erhalten habe.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller informiert, dass man die Verkehrslage weiterhin beobachte und zurzeit aufgrund einer hohen Personendichte am Eigelstein an einem Verkehrskonzept für diesen Bereich arbeite.

Frau Beigeordnete Blome teilt mit, dass Sie auf diese Fragestellung in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses eingehen werde.

Herr Breite fragt nach der Wiederaufnahme des Trainingsbetriebes von Fußballvereinen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erklärt, dass das Land NRW über die Wiederaufnahme des Vereinssports entscheide und nur die Öffnung von Bolzplätzen in der Zuständigkeit der Stadt Köln liege.

Herr Petelkau lobt im Namen der CDU-Fraktion die Verwaltung für ihre Arbeit während der Pandemie. Er erkundigt sich nach dem Umgang mit den sogenannten Brennpunkten seit der Wiedereröffnung von Geschäften, insbesondere hinsichtlich der Vor-

kommissionen an der Ikea-Filiale in Godorf. Weiter fragt er nach dem aktuellen Sachstand zu den Vorbereitungen auf die nächste Schulöffnungsphase.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller legt dar, dass man die Lage der Geschäfte mit einem hohen Personenaufkommen weiterhin beobachtet, die Handlungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung allerdings beschränkt seien.

Herr Beigeordneter Voigtsberger berichtet über die Vorbereitungen zur nächsten Phase der Schulöffnungen. Parallel warte man auf Konkretisierungen des Schulministeriums NRW bezüglich des weiteren Vorgehens von Schulöffnungen.

Herr Detjen weist auf die große Ansteckungsgefahr in Einrichtungen mit einer hohen Personenzahl, wie Pflege- und Altersheimen oder Flüchtlingsunterkünften, hin und schlägt eine kritische Betrachtung vor, um auf einen Wiederanstieg der Infektionszahlen vorbereitet zu sein.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller stimmt Herrn Detjen zu und teilt mit, dass die Stadt Köln auf einen erneuten Anstieg der Infektionszahlen gut vorbereitet sei.

## **1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **2 Mitteilungen**

#### **2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin**

##### **2.1.1 Anfrage zur Vorlage 1157/20 betreffend "NRW-Tag 2020 absagen!?" 1252/2020**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **2.1.2 Fortschreibung städtischer Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise 1277/2020**

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über den zweiten aktualisierten Bericht über die städtischen Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise. Sie weist darauf hin, dass eine Gesamtschau auf alle erfolgten Maßnahmen und die vollständigen Auswirkungen der Krise erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich seien.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

---

#### **Anmerkung:**

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Bericht der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen in der Pandemie-situation vor TOP 1 behandelt.

#### **2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen**



**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Kultur und Wirtschaft im Angesicht der COVID-19-Pandemie"  
AN/0452/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 28.04.2020  
1123/2020**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Coronakrise - Situation von Jugendlichen in Problemlagen"  
AN/0466/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 22.04.2020  
1168/2020**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.3 Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Corona – Situation von Kulturschaffenden"  
AN/0471/2020**

**Antwort der Verwaltung vom 27.04.2020  
1183/2020**

Frau von Bülow fragt nach der möglichen Unterstützung für Solokünstlerinnen und -Künstler im Rahmen des Hilfsfonds und nach einer Erläuterung der Kriterien der Antragsberechtigung.

Weiter möchte Sie wissen, welche Kriterien der Bemessungsobergrenze zugrunde liegen.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach teilt mit, dass es zum Thema Solokünstlerinnen und -Künstler kürzlich ein Treffen mit dem Städtetag und dem Kultusministerium NRW gegeben habe. Momentan warte das Land NRW auf eine Entscheidung des Bundes, ob sein Förderpaket für Kulturschaffende weiter geöffnet werde. Sollte dies nicht der Fall sein, werde das Land NRW seinen eigenen Fördertopf auf Solokünstlerinnen und -künstler ausweiten. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse die Stadt Köln agieren. Die Unklarheit bezüglich der Kriterien der Antragsberechtigung sei auf eine missverständliche Formulierung zurückzuführen und man werde diese anpassen.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine weiterführende schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Infektionsschutz bei Wiederaufnahme des Schulunterrichts"  
AN/0474/2020**

Herr Beigeordneter Voigtsberger beantwortet die Anfrage mündlich.  
Er betont, dass man die Schulen hinsichtlich der hygienischen Anforderungen gut ausgestattet habe.

Frau Scho-Antwerpes fragt nach dem Schutz für Kinder, die keine Maske besitzen.  
Herr Beigeordneter Voigtsberger teilt mit, dass es für diesen Fall Notfallkontingente gebe.

### **3.5 siehe TOP 4.1**

## **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **4.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Social Distancing ermöglichen – Unterbringung gefährdeter Personengruppen" AN/0465/2020**

Herr Detjen stellt die Position der Fraktion Die Linke dar und betont dabei die Notwendigkeit des sozialen Schutzes für gefährdete Personengruppen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass es derzeit nur noch zwei Großunterkünfte für Geflüchtete in Köln gebe und diese nicht voll ausgelastet seien. Alle anderen Personen seien bereits wohnungsähnlich untergebracht. Außerdem habe man für den Fall einer Isolierungsnotwendigkeit bereits 100 Plätze in Hotels reserviert und sieben Wohnungen angemietet.

Man könne die Vermieter von illegalen Ferienwohnungen bei Airbnb nicht einbeziehen, da diese der Stadt Köln gar nicht bekannt seien. Andernfalls würde man diese im Rahmen der Wohnraumschutzsatzung behördlich belangen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass man derzeit eine Evaluation zum Auszugsmanagement durchführe und die Ergebnisse bald präsentiere.

Zudem könne die Stadt Köln dem Punkt 3 des Antrages nicht folgen, da man eine Illegalität nicht unterstützen könne.

Frau von Bülow erläutert die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und unterstreicht, dass die Stadt Köln bereits viel für die Unterstützung gefährdeter Gruppen getan habe.

Herr Joisten trägt die Ansicht der SPD-Fraktion vor und weist auf die Vorkommnisse in der Unterkunft Herkulesstraße und die damit einhergehende Notwendigkeit des Antrages hin. Jedoch könne man Punkt 3 nicht zustimmen.

Herr Breite stellt die Position der FDP-Fraktion dar und erläutert das Konzept des Wohnungstausches von Airbnb.

Herr Detjen erklärt, dass sich der Punkt 2 des Antrages nicht auf für den Wohnungstausch vorgesehene Wohnungen beziehe, sondern auf reine Ferienwohnungen und fordert bezüglich Punkt 3 ein pragmatisches Denken.

Herr Petelkau legt die Position der CDU-Fraktion dar. Der Antrag sei nicht notwendig, da die Verwaltung, wie von Herrn Beigeordneter Dr. Rau dargelegt, bereits eine große Unterstützungsleistung für gefährdete Personengruppen biete.

## **I. Punktweise Abstimmung**

### **zu Ziffer 1, 2 und 4:**

#### **Beschluss:**

1) Die Stadt möge leer stehende Zimmer in Hotels und Jugendherbergen anmieten und dort Menschen ohne festen Wohnsitz, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sowie Geflüchtete unterbringen, um die Notunterkünfte zu entlasten. Solche Zimmer sind ebenfalls zur Erweiterung des Angebotes an Frauenhausplätzen zu nutzen.

2) Die Stadt möge den Vermieter\*innen, welche vor der Corona Krise ihre Wohnungen auf Internetplattformen als Ferienunterkünfte vermietet haben, nun Angebote für die dauerhafte Unterbringung von Wohnungslosen und geflüchteten Menschen unterbreiten.

4) Wohnungslose, geflüchtete Menschen und selbstorganisierte Gruppen haben (durchaus unterschiedliche) Beratungsbedarfe. Stadt und freie Wohlfahrtspflege haben für diese Beratungsbedarfe zum Teil professionelle Angebote, wie z.B. das Auszugsmanagement. Sie müssen kurzfristig überprüft, ausgebaut und gestärkt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke abgelehnt.

### **zu Ziffer 3:**

#### **Beschluss:**

3) Im Rahmen der Selbsthilfe und Selbstorganisation werden in Köln immer wieder Wohnungen und Häuser besetzt, die illegal oder illegitim leer stehen. Diese Form der Selbsthilfe verdient insbesondere während der Coronakrise Solidarität und konkrete Unterstützung.

Die Verwaltung möge einen Hilfsfond von 300.000 Euro auflegen. Aus diesem Fond sind Instandsetzungen, ggf. Mieten und Ankäufe zu ermöglichen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

## **II. Gesamtabstimmung über den Ursprungsantrag**

#### **Beschluss:**

1. Die Stadt möge leer stehende Zimmer in Hotels und Jugendherbergen anmieten und dort Menschen ohne festen Wohnsitz, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sowie Geflüchtete unterbringen, um die Notunterkünfte zu entlasten. Solche Zimmer sind ebenfalls zur Erweiterung des Angebotes an Frauenhausplätzen zu nutzen.
2. Die Stadt möge den Vermieter\*innen, welche vor der Corona Krise ihre Wohnungen auf Internetplattformen als Ferienunterkünfte vermietet haben, nun Angebote für die dauerhafte Unterbringung von Wohnungslosen und geflüchteten

Menschen unterbreiten.

3. Im Rahmen der Selbsthilfe und Selbstorganisation werden in Köln immer wieder Wohnungen und Häuser besetzt, die illegal oder illegitim leer stehen. Diese Form der Selbsthilfe verdient insbesondere während der Coronakrise Solidarität und konkrete Unterstützung.

Die Verwaltung möge einen Hilfsfond von 300.000 Euro auflegen. Aus diesem Fond sind Instandsetzungen, ggf. Mieten und Ankäufe zu ermöglichen.

4. Wohnungslose, geflüchtete Menschen und selbstorganisierte Gruppen haben (durchaus unterschiedliche) Beratungsbedarfe. Stadt und freie Wohlfahrtspflege haben für diese Beratungsbedarfe zum Teil professionelle Angebote, wie z.B. das Auszugsmanagement. Sie müssen kurzfristig überprüft, ausgebaut und gestärkt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

#### **Anmerkung:**

Punktweise Abstimmung auf Antrag von Herrn Joisten.

#### **4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Von der Stadt untergebrachte Kinder und Jugendliche beim Homelearning nicht vergessen: Breitband-Internetzugang sicherstellen" AN/0523/2020**

#### **Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen AN/0548/2020**

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes stellt die Position der SPD-Fraktion dar und begründet die Dringlichkeit ihres Antrags. Ein Breitband-Internetzugang für von der Stadt untergebrachte Kinder und Jugendliche sei insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Krise unerlässlich.

Herr Dr. Elster erläutert die Ansicht der CDU-Fraktion und stellt den Änderungsantrag vor. Er weist darauf hin, dass alle Unterkünfte der Stadt Köln über einen Internetzugang verfügen würden.

Herr Hammer führt die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus und trägt vor, dass man bereits jetzt den Hotspot Köln unbegrenzt nutzen könne.

Herr Breite stellt die Position der FDP-Fraktion vor und erläutert die Notwendigkeit auch Jugendzentren in den Antrag einzubeziehen.

Herr Detjen stellt die Ansicht der Fraktion die Linke dar und schlägt vor, den Punkt 2 des Änderungsantrags zurückzustellen.

Herr Joisten teilt mit, dass sich seine Fraktion dem Änderungsantrag anschließen könne.

#### **Beschluss:**

Der Antrag AN/0523/2020 wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Den Zeitrahmen für freies Internet mit den Hotspots.Koeln so auszuweiten, dass dieser ohne ein erneutes Einloggen bis zu 4 Stunden am Stück genutzt werden kann. Die schon bestehende unbegrenzte Nutzungsdauer mit erneuten Einloggen bleibt hiervon unberührt.
2. darzulegen, welche städtischen Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose mit einem entsprechenden Breitbandanschluss ausgestattet sind und welchen Optimierungsbedarf es gibt. Dasselbe gilt für Jugendzentren und Jugendtreffs.
3. zu prüfen, wie über die bisher von den Schulen zur Verfügung gestellten Leihgeräte hinaus, alle Kinder und Jugendlichen am Homelearning partizipieren können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Der Ursprungsantrag der SPD-Fraktion hat sich somit erledigt.

**5 Dringlichkeitsentscheidungen**

**5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.1.1 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020  
1251/2020**

Herr Bürgermeister Dr. Heinen begrüßt die Vorlage und bittet die Verwaltung zu prüfen, dass Eltern von Kindern, die in den kommenden Wochen nicht in die Kita gehen dürfen, auch keine Elternbeiträge zahlen müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erklärt, dass die Verwaltung die künftigen Elternbeiträge rechtzeitig prüfen werde.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beschließt, dass auch für die weitere Zeit der Schließung von Kindertagesbetreuungen (Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen, offene Ganztagschulen) im Mai 2020 den Eltern die Elternbeiträge und bei den städtischen Kitas auch das Essensgeld erstattet wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**6 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

**7 Mündliche Anfragen**

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan  
Schriftführerin